

tivierbare Größe“. Hilfsweise hat Vesper den Umfang des öffentlichen Dienstes in anderen Staaten und die unterschiedliche Personalausstattung der einzelnen Bundesländer zum Vergleich herangezogen:

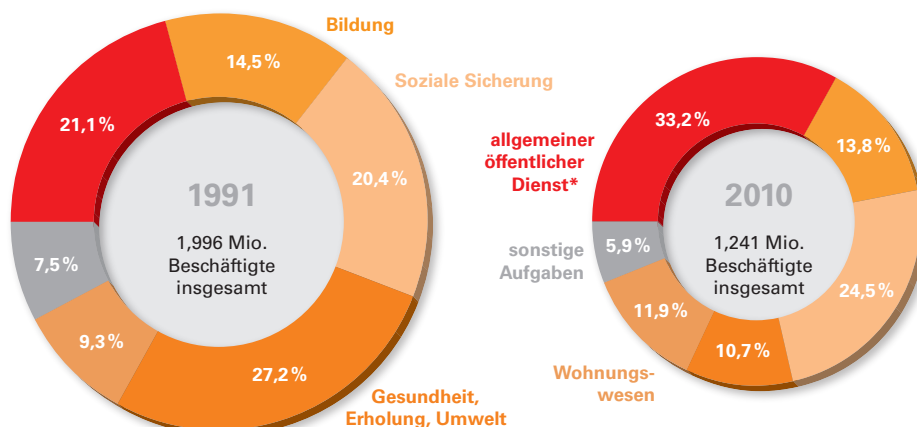
- ▶ Für die Finanzverwaltung kommt er auf einen Zusatzbedarf von 4.500 Stellen – dann hätten alle Bundesländer mindestens so viele Bedienstete wie derzeit im Durchschnitt,
- ▶ im Polizeidienst errechnet er auf gleichem Wege einen Fehlbetrag von 24.000 Stellen,
- ▶ im Bildungssektor fehlen im internationalen Vergleich 55.000 Lehrkräfte
- ▶ und in der Kinderbetreuung ergibt sich aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen.

Vor dem Hintergrund der kürzlich im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse rechnet der Finanzexperte allerdings eher mit einer restriktiven Haushaltspolitik, besonders auf Länderebene. „Genau dies wäre aber ein falscher Ansatz“, warnt Vesper. Er rechnet bei einer Aufstockung des öffentlichen Dienstes um 100.000 Vollzeitstellen mit zusätzlichen Kosten von 5,5 Milliarden Euro – und erwartet positive Wirkungen für das Wirtschaftswachstum. Gerade Bildungsausgaben sorgten mittelbar für mehr Wachstum. „Ähnliches gilt für die institutionalisierte Kinderbetreuung, die für die Integration, Sozialisation und Ausbildung von Kindern unabdingbar ist“ – und somit ebenfalls förderlich für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. ◀

\* Quelle: Dieter Vesper: Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, IMK Study Nr. 25/2012  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Gemeinden bauen über ein Drittel ihres Personals ab

Die kommunalen Beschäftigten arbeiteten in den Bereichen ...



\*u.a. politische Führung, Verwaltung; Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

## ARBEITSMARKT

# Weniger Spekulation, mehr Jobs

**Strikter regulierte Finanzmärkte würden sich langfristig positiv auf die Beschäftigung auswirken.**

„Eine konsequente Finanzmarktregulierung kann nicht nur einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung, sondern auch direkt zum Beschäftigungswachstum leisten.“ Zu diesem Schluss kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einer aktuellen Studie.\* Sie stützt sich vor allem auf die Arbeiten des ILO-Forschers Ekkehard Ernst, der die Beziehung zwischen Finanz- und Arbeitsmarktentwicklung untersucht hat.

Grundsätzlich könnten vom Finanzmarkt zwei unterschiedliche Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ausgehen, schreibt Ernst. Zum einen könnte ein hoch entwickeltes Finanzsystem die Finanzierung zusätzlicher Investitionen oder die Neugründung von Firmen erleichtern. Beides würde Jobs schaffen. Andererseits können Realwirtschaft und Beschäftigung auch unter einem Übergewicht der Finanzmärkte leiden – etwa wenn Fabriken geschlossen werden müssen, weil sich die Investoren nicht mehr mit der erwirtschafteten Rendite zufrieden geben und drohen, ihr Geld abzuziehen.

Um herauszufinden, welcher der beiden Effekte überwiegt, hat Ernst die Zusammenhänge zwischen Finanzsphäre und

Arbeitslosigkeit in 14 OECD-Ländern unter die Lupe genommen. Zur Charakterisierung des jeweiligen Finanzsystems flossen in seine statistische Analyse etwa Wachstum und Verschuldungsgrad des Bankensektors ein sowie ein Indikator, der beschreibt, inwieweit das jeweilige Land den Kapitalverkehr mit dem Ausland beschränkt. Andere Variable bilden die Schwankungsbreite von Wertpapierpreisen und Ausfallrisiken ab.

Ergebnis der Berechnungen: Größere und offenere Finanzmärkte beschleunigen die Arbeitsmarktdynamik. Es entstehen mehr neue Stellen, gleichzeitig verschwinden auch mehr alte. Allerdings wirken zwei Faktoren eindeutig negativ, nämlich das Maß der Unsicherheit an den Finanzmärkten und die Stärke der Kursschwankungen. Von einer Regulierung, die Anreize für besonders riskante Finanzgeschäfte beseitigt und Schocks durch mehr Markttransparenz vorbeugt, könnten die Arbeitsmärkte also stark profitieren, folgert Ernst. Besonders wenn Reformen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern international koordiniert stattfinden. ◀

\* Quelle: International Labour Organisation: Global Employment Trends 2012, Januar 2012; Ekkehard Ernst: The future of finance: Options for financial sector reforms and their labour market implications, 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)